

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 1984 war das zweite Jahr konjunktureller Aufwärtsentwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft. In allen wichtigen kapitalistischen Ländern außer Großbritannien stieg das reale Bruttosozialprodukt deutlich an. Am stärksten war der Aufschwung in den USA, wo die vorausgegangene Krise allerdings besonders tief und lang gewesen war. Auch Japan verdoppelte fast seine Wachstumsziffer. In Westeuropa war das Wachstum verhalten, die Steigerungsraten betrugen etwa ein Drittel der nordamerikanischen und japanischen.

Indessen deutet alles darauf hin, daß der Gipfel des zyklischen Aufschwungs in den kapitalistischen Hauptländern schon wieder überschritten ist. Für alle großen kapitalistischen Industrieländer werden 1985 verlangsamte Zuwächse vorausgesagt. Am folgenreichsten für die kapitalistische Weltwirtschaft wird die drastische Wachstumsabschwächung, nämlich Halbierung des Zuwachses, in den USA sein. Da die Belebung weder in Japan noch in Westeuropa auf binnenwirtschaftlichen Auftriebskräften beruhte, sondern wesentlich vom Importsog der US-Konjunktur getragen wurde, führt der Rückgang der US-Belebung zwangsläufig in den anderen Ländern zu einer Abschwächung, zumal dort Ersatz-Aufschwungskräfte nicht zu orten sind.

Damit wäre Ende 1985 die Mitte 1982 eingesetzte Aufschwungphase wieder vorbei. Im Vergleich mit früheren zyklischen Belebungsphasen weist der gegenwärtige Aufschwung die bei weitem schwächste Dynamik auf. Anzumerken ist auch, daß es der erste zyklische Aufschwung ist, der zu keiner Senkung der Arbeitslosigkeit geführt hat. Die Zahl von 30 Millionen Arbeitslosen in den entwickelten kapitalistischen Ländern blieb seit drei Jahren unverändert. Die „Entkoppelung“ von Konjunktur und Beschäftigung ist ein Kennzeichen der gegenwärtigen Entwicklungsstufe des Kapitalismus geworden.

In den Entwicklungsländern setzte sich der wirtschaftliche Rückgang im großen und ganzen nicht weiter fort. Von einer Überwindung der Krisenfolgen kann aber noch nicht gesprochen werden. Nur im südostasiatischen Raum überwogen wieder die Antriebskräfte.

Die Belebung in der Bundesrepublik, die zum Jahresende 1984 wieder leichte konjunkturelle Abschwächungstendenzen zeigte, stützte sich im Gegensatz zu den Prognosen nicht auf einen binnenwirtschaftlich ausgelösten Anstieg bei den Investitionen. Was das 2,5prozentige Wachstum des Bruttosozialprodukts ermöglichte, war die unerwartete Expansion der Exporte, die zum größten Außenhandelsüberschuß in der Geschichte des Landes führte. Von den Wareneinfuhren wiederum machten diejenigen in die USA den gewaltigsten Sprung nach oben. Die Belebung war somit nicht nur einseitig exportabhängig, sondern auch einseitig abhängig vom — durch den hohen Dollarkurs begünstigten — Verkaufserfolg in einem einzigen Land. Das bereits erwähnte Ende des Aufschwungs in den USA wird daher gerade für die BRD 1985 Schwierigkeiten bringen.

Hauptproblem für die BRD-Wirtschaft für 1984 und 1985 ist die schwache Absatzlage im Inland. Dem Exportaufschwung steht eine Stagnation der Binnenmärkte gegenüber. Verantwortlich dafür sind der außerordentlich schwache öffentliche und private Verbrauch. Letzterer wird überwiegend durch die Entwicklung der Masseneinkommen bestimmt, die auch 1984 real weiter zurückgingen. Eine Folge dieser Tendenz ist zwar wegen der Absatzprobleme des Einzelhandels der niedrigste Anstieg der Verbraucherpreise seit 15 Jahren. Aber zugleich wird dadurch die Investitionstätigkeit gedämpft: die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte stoßen immer wieder an die Schranken der geringen Endnachfrage.

Die auch 1984 fortgesetzte Änderung der Einkommensverteilung zugunsten der Gewinne und Unternehmereinkommen führt in dieser Lage zu keiner Belebung. Sie führt dagegen zu weiterer ökonomischer und sozialer Verschlechterung auf Seiten der abhängig Beschäftigten bzw. Beschäftigungslosen. Der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (bereinigte Lohnquote) sank auf den Stand von Mitte der 60er Jahre ab.

Der Beschäftigungsrückgang ist erst am Jahresende 1984 zum Stillstand gekommen, wobei der unerwartet starke Kälteeinbruch im Januar 1985 jedoch noch ein-

mal die Arbeitslosenzahl hochschnellen ließ — auf die Rekordziffer in der Geschichte der BRD. Wie weit diese negative Beschäftigungsentwicklung am Jahresbeginn witterungsbedingt war oder ob sie der Vorbote eines Übergangs in eine neue Rezession war, läßt sich jetzt noch nicht ausmachen.

Zu befürchten ist auf jeden Fall ein Nachlassen des ohnehin schwachen Auftriebs im Jahresverlauf. Die Ursachen sind erstens die schwächeren Impulse aus dem Außenhandel, besonders mit den USA; zweitens die höchstens geringfügig — wenn überhaupt — wachsende Kaufkraft der Masseneinkommen; drittens das Sinken der Bauinvestitionen, welche die geplante Zunahme bei den Ausrüstungsinvestitionen (zum Zweck der Rationalisierung) in ihrer konjunkturellen Wirkung begrenzen; viertens die tiefe Branchenkrise der Bauwirtschaft.

Wenn es 1985 zu einem Sinken der Arbeitslosigkeit kommen sollte, dann — das ist auch die Meinung bürgerlicher Forschungsinstitute — höchstens infolge der 1984 durchgesetzten Verkürzungen der Arbeitszeit.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft
- 1.2 Sozialprodukt
- 1.3 Produktion
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenwirtschaft

2 Unternehmervgewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmervgewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

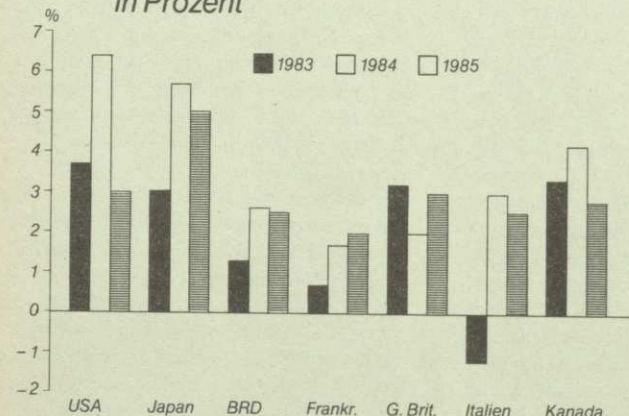
- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Einkommensverteilung
- 3.4 Streikentwicklung
- 3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft

Für die entwickelten kapitalistischen Länder war 1984 ein Jahr des Wirtschaftsaufschwungs. Die hohe Bewertung des Dollars und die Hochzinspolitik haben aber bewirkt, daß die Wirtschafts stagnation in den Entwicklungsländern weiter anhielt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß es 1985 in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu einer deutlichen Konjunkturdämpfung kommt. Die schleppende Entwicklung der Weltmarktnotierungen für die Primärprodukte übt eine bremsende Wirkung auf die Verbraucherpreise aus: die Teuerungsrate für die OECD-Länder dürfte insgesamt weiterhin um die 5-Prozent-Marke pendeln. Die Arbeitslosigkeit bleibt Problem Nr. 1 der Wirtschaftspolitik: selbst in den USA, wo 1983–84 eine starke Zunahme der Beschäftigtenzahl zu registrieren war, bleibt die Arbeitslosenquote mit 7 Prozent sehr hoch.

Reales Bruttosozialprodukt 1983–84

Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent



Mit Ausnahme von Großbritannien hat sich 1984 das Tempo der Industrieproduktion beschleunigt, aber wiederum zeichnet sich eine starke Verlangsamungstendenz gerade in den Ländern ab, wo die Expansion – wie in Nordamerika – Anfang des Jahres besonders kräftig war. In Großbritannien, wo im Juni 1984 die Industrieproduktion noch 10 Prozent niedriger lag als im Juni 1979, als die Thatcher-Regierung ihre selbstmörderische Wirtschaftspolitik einleitete, ist die Produktion in der zweiten Hälfte des Jahres sogar rückläufig gewesen.

Veränderung der Industrieproduktion 1983–1984 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1983	1984 ¹				
		Jahr ²	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj. ²
USA	6,4	10,9	15,4	13,6	9,2	6,5
Japan	3,5	11,5	11,2	13,3	10,6	11,0
BRD	0,7	4,0	5,7	0,6	5,2	5,0
Frankreich	1,5	3,5	3,1	4,0	3,1	4,5
Großbritannien	2,9	0,5	3,3	1,0	-1,5	-1,5
Italien	-3,2	3,5	2,9	3,1	3,1	5,0
Kanada	6,0	8,5	11,9	9,5	8,3	4,0

1 Saisonbereinigte Angaben
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

In den entwickelten kapitalistischen Ländern bleiben die Inflationsraten noch verhältnismäßig niedrig; selbst Italien ist zu einer einstelligen Teuerungsrate zurückgekehrt. Diese positive Entwicklung der Verbraucherpreise in den entwickelten kapitalistischen Ländern wird von dem Preisverlauf für Nahrungsmittel, Industrierohstoffe und Erdöl begünstigt: nach vierjährigem Abbröckeln der Notierungen für diese Produkte auf dem Weltmarkt sollten die Preise auch 1985 nachgeben.

Veränderungen der Lebenshaltungskosten 1983–1984 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1983	1984				
		Jahr ¹	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj. ¹
USA	3,2	4,2	4,5	4,4	4,2	4,0
Japan	1,9	2,2	2,4	2,1	2,3	2,2
BRD	3,3	2,4	2,9	2,8	1,8	2,1
Frankreich	9,5	7,7	8,8	7,8	7,3	6,9
Großbritannien	4,6	4,8	4,6	4,6	4,6	5,2
Italien	15,0	10,6	12,2	11,3	10,2	8,8
Kanada	5,9	4,4	5,1	4,6	3,9	4,0

1 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Die Arbeitslosigkeit bleibt nach wie vor das vordringliche Problem der kapitalistischen Weltwirtschaft: nach drei Jahren Wiederaufschwung hält sich die Arbeitslosigkeit in den entwickelten kapitalistischen Ländern auf dem Niveau von über 30 Millionen, was einer Arbeitslosenquote von 8,5 Prozent entspricht. Wie aus der Tabelle hervorgeht, hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt 1983–84 gegenüber dem Rezessionsjahr 1982 nur in den USA verbessert. In Frankreich hat die dezidiert restriktive Wirtschaftspolitik zu einer Aufblähung der Arbeitslosigkeit geführt, so daß die Zahl der Arbeitslosen dort „britische“ Ausmaße annimmt.

Arbeitslosigkeit 1981–1984 in 1000 in den größten kapitalistischen Ländern

	1981	1982	1983 ¹		1984 ¹	
			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj. ²
USA	8237	10678	11330	10018	8681	8400
Japan	2500	2800	3100	3150	3200	3300
BRD	1272	1833	2248	2281	2255	2300
Frankreich	1773	2008	2021	2059	2249	2370
Großbritannien	2566	2793	2995	2946	3012	3100
Italien	1913	2068	2275	2230	2531	2300
Kanada	898	1310	1497	1392	1395	1430
Zusammen	19195	23490	25476	24076	23323	23200

1 Saisonbereinigte Angaben
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

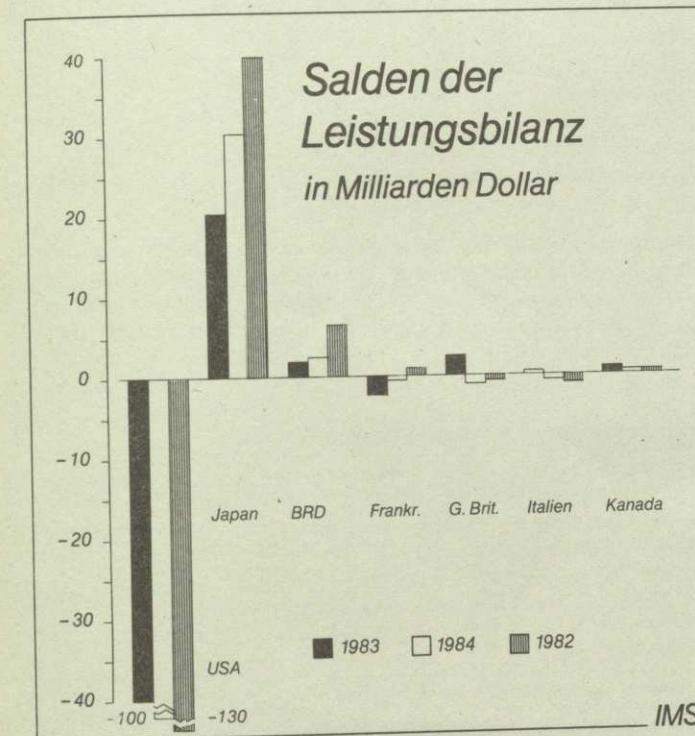
Wie aus der Abbildung hervorgeht, war die Wiederbelebung in Nordamerika und Japan sehr kräftig, während die Wachstumsrate in den großen westeuropäischen Ländern 1984 bei 2–3 Prozent lag; 1985 dürfte nur die japanische Wirtschaft relativ erfolgreich sein.

Einige kritische Bemerkungen zur gegenwärtigen zyklischen Aufschwungphase sollen ihren Stellenwert in der Wirtschaftsentwicklung des Kapitalismus aufweisen: im Vergleich zu den zwei vorangegangenen Aufschwungphasen (4,4 Prozent 1976–78 und 5,1 Prozent 1971–73) ist die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts (BSP) mit 3,4 Prozent für die Jahre 1983–85 jährlich für die entwickelten kapitalistischen Länder insgesamt erneut abgeschwächt. Was die Arbeitslosigkeit betrifft, so war die Arbeitslosenquote am Ende der letzten Aufschwungphase auf 5 Prozent gesunken, während sie gegenwärtig mit 8,5 Prozent noch höher liegt als am Anfang der Wiederbelebung.

Selbst wenn man die vielgepriesene US-Wirtschaft heute mit dem vorangegangenen Zyklus vergleicht, kommt man zu ähnlichen Ergebnissen. Das Wachstum des BSP wird 1983–85 voraussichtlich 4,4 Prozent jährlich betragen, gegenüber 5 Prozent in den Jahren 1976–1978; damals ging die Arbeitslosenquote auf 5,5 Prozent zurück, diesmal nur auf 7 Prozent. Der damals als hoch geltende Passivsaldo der Leistungsbilanz von 8 Milliarden Dollar im Durchschnitt wirkt heute geradezu lächerlich, da der heutige Fehlbetrag auf 90 Milliarden Dollar jährlich emporgeschwollen ist. Lag das Bundeshaushaltsdefizit 1976–78 bei 50 Milliarden Dollar im Jahresdurchschnitt, so beläuft es sich heute auf etwa 200 Milliarden.

Gegenwärtig ist es der Kapitalzufluß aus dem Ausland, der solche Defizite der US-Wirtschaft gestattet. 1983–84 wurden die Nettoinvestitionen in den USA zu 35 Prozent durch ausländische Sparbildung finanziert – eine Quote, die einem Entwicklungsland entspricht! Das Bundeshaushaltsdefizit verschlang 3/4 der Sparbildung der Unternehmen und privaten Haushalte in den USA – genauso viel wie 1941–42, den ersten Kriegsjahren für die USA!

Die Entwicklung der Leistungsbilanzsalden der sieben größten kapitalistischen Länder zeigt eine enorme Zunahme des US-Fehl Betrags, der in diesem Jahr 130 Milliarden Dollar erreichen soll. Auf diese defizitäre Position der US-Leistungsbilanz ist z.T. auch die extreme Überschussposition Japans zurückzuführen – aufgrund der engen Verflechtung der nordamerikanischen und japanischen Wirtschaft im Außenhandelsbereich. Die Bilanz der laufenden Rechnung der fünf anderen kapitalistischen Länder zeigt dagegen eine fast ausgeglichene Entwicklung. In den USA wurde der enorme laufende Passivsaldo durch einen massiven Kapitalzufluß aus dem Ausland aufgefangen – was nicht nur positives Echo gefunden hat; so schreibt der ehemalige Präsident des Zentralbanksystems in den USA, Arthur Burns: „Dem gewaltigen Fehlbetrag der Leistungsbilanz stand ein massiver Kapitalzufluß aus dem Ausland in die Vereinigten Staaten gegenüber, gleichzeitig mit einem starken Rückgang des traditionellen Kapitalexports. Das ist keine gesunde Entwicklung für ein Land mit der größten und reichsten Wirtschaft der Welt.“ (Arthur Burns, The American Trade Deficit in Perspective, „Foreign Affairs“, Frühjahr 1984, S. 1058–59)



Obwohl sich die internationale Lage der US-Wirtschaft in den beiden letzten Jahren merklich verschlechtert hat, hat sich der Wechselkurs des Dollars noch verstärkt. Die Stärke des Dollars läßt sich mit wirtschaftlichen Faktoren kaum erklären: der Dollarkurs wird vielmehr von der politischen und militärischen Instabilität der gegenwärtigen Weltlage begünstigt. Anfang dieses Jahres ist eine Pfundkrise ausgebrochen: innerhalb weniger Monate gab die britische Währung dem Dollar gegenüber um 20 Prozent nach. Auszuschlaggebend v.H. um 3 v.H. stärker als prognostiziert zunahm. Ausschlaggebend dafür war der Importsog der US-Konjunktur zusammen mit einem hohen Dollarkurs, der die USA vom zweitwichtigsten Käuferland (nach Frankreich) werden ließ. Selbst die relativ schwache Wachstumsziffer des BSP wird aufgrund der mittlerweile zurückgegangenen Dynamik der US-Konjunktur 1985 nicht mehr erreicht werden.

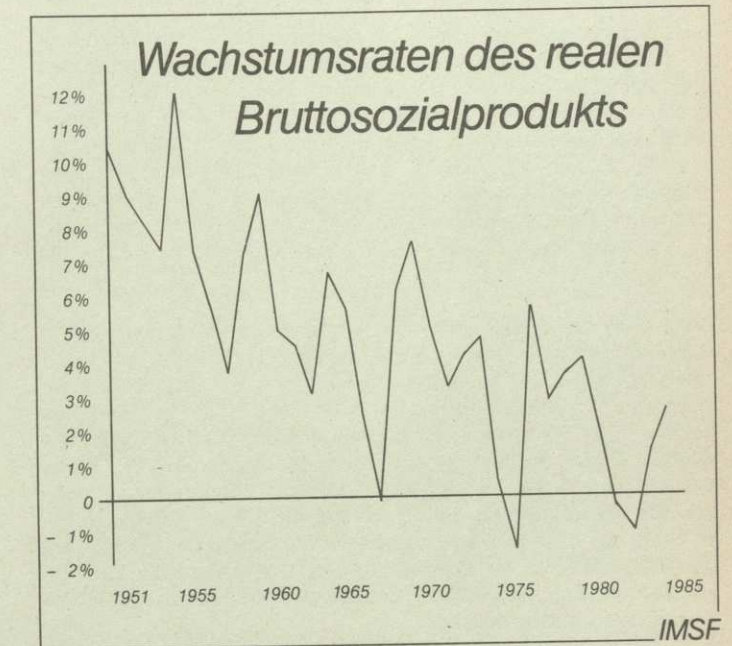
1.2 Sozialprodukt

Das Bruttosozialprodukt (BSP) hat sich 1984 erwartungsgemäß real um 2,6 Prozent erhöht und damit stärker als 1983 (1,3 Prozent). Dennoch kommt in dieser Wachstumsrate der schwächste zyklische Aufschwung in der Geschichte der Bundesrepublik zum Ausdruck. Das Wachstum wurde kaum von der inländischen Nachfrage, sondern wesentlich vom Export getragen, der mit real 7,4 Prozent um 3 v.H. stärker als prognostiziert zunahm. Ausschlaggebend dafür war der Importsog der US-Konjunktur zusammen mit einem hohen Dollarkurs, der die USA vom zweitwichtigsten Käuferland (nach Frankreich) werden ließ. Selbst die relativ schwache Wachstumsziffer des BSP wird aufgrund der mittlerweile zurückgegangenen Dynamik der US-Konjunktur 1985 nicht mehr erreicht werden.

Bruttosozialprodukt 1984

	In jeweiligen Preisen		In Preisen von 1976	
	Mrd. DM	In % ¹	Mrd. DM	In % ¹
Bruttosozialprodukt	1748	+ 4,6	1298	+ 2,6
Privater Verbrauch	980	+ 3,5	712	+ 0,8
Staatsverbrauch	348	+ 4,1	253	+ 1,9
Anlageinvestitionen	357	+ 3,2	259	+ 1,3
Ausfuhr ²	597	+ 10,5	448	+ 7,4

1 In % gegenüber dem Vorjahr
2 Waren und Dienstleistungen
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1985, S. 8)



Die Wachstumsimpulse gingen eindeutig vom Kernbereich der kapitalistischen Wirtschaft, dem warenproduzierenden Gewerbe, aus. Ohne die Stagnation seines Teilbereichs Baugewerbe wäre die Erholung nach dem Rückgang von 1983 stärker ausgefallen.

Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

	Insgesamt	Land-/Forstwirtschaft	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel/Verkehr	Dienstleistung	Staat
1980	+1,8	+1,2	+0,6	+2,2	+3,7	+2,5
1981	+0,0	+5,3	-2,3	+0,7	+2,4	+2,2
1982	-0,8	+9,0	-2,7	-1,6	+2,1	+0,8
1983	+0,8	+8,1	+0,9	+1,2	+2,2	+0,8
1984	+2,8	+6,2	+3,4	+2,3	+2,7	+1,0

1 In Preisen von 1976, gegenüber Vorjahr
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1985, S. 7)

Die Prognosen für 1985 gehen grundsätzlich von einer Fortsetzung der Belebung aus – im Durchschnitt wird eine geringfügig verminderte Rate von 2,5 Prozent erwartet.

Die Aussagen unterscheiden sich darin, ob es 1985 eher zu einer Tempoabschwächung oder einer Verstärkung kommen wird.

Von den meisten Wirtschaftsforschern wird der Optimismus des Sachverständigenrats nicht geteilt. Dieser sagt als einziger einen deutlichen Anstieg der privaten Nachfrage infolge einer deutlich höheren Beschäftigung voraus. Mit einer leichten Verbesserung der Beschäftigungssituation sowie mit einer Zunahme der rationalisierungsbedingten Ausrüstungsinvestitionen rechnen zwar auch die anderen, aber sonst werden kaum eigenständige Aufschwungskräfte gesichtet – zumal auch die öffentlichen Haushalte (was vor allem das WSI kritisiert) nicht auf Expansion angelegt seien. Allgemein wird der Export als hauptsächliche „Konjunkturlösmotive“ betrachtet, wobei für die zweite Jahreshälfte mit seiner Verlangsamung gerechnet wird.

Wachstumsprognosen 1985

Zunahme des realen BSP in Prozent	
Sachverständigenrat	„reichlich 3“
Bundesregierung	„rund 2,5“
Forschungsinstitute	2–2,5
WSI des DGB	„höchstens 2,5“

(Quelle: Presseberichte; Institutspublikationen)

1.3 Produktion

Die Leistung des produzierenden Gewerbes ist – saisonbereinigt – erst im letzten Vierteljahr von 1984 merklich über den Stand vom Jahreswechsel 1983/84 gestiegen. Bei der Produktionsziffer des dritten Quartals ist zu beachten, daß ihre Höhe durch Aufholeffekte nach den arbeitskampfbedingten Produktionsausfällen des zweiten Quartals bestimmt ist. Solche Nachholeffekte enthält zwar auch das letzte Vierteljahr. Trotzdem ist festzustellen: Das produzierende Gewerbe erreichte und übertraf in den letzten drei Monaten von 1984 erstmals wieder den Vorkrisenstand von 1980 – um 1,5 Prozent.

Stellt man die erwartete Wachstumsabschwächung für 1985 in Rechnung, so kann man dem produzierenden Gewerbe, das fast 5 Jahre zur Erholung benötigte, keine große Expansionskraft bescheinigen. Ohnehin wird der Vorkrisenstand weder vom Bergbau noch vom Baugewerbe erreicht. Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes liegen Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie Verbrauchsgütergewerbe ebenfalls darunter. Darüber liegen lediglich das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe sowie, allerdings beachtlich, das Investitionsgütergewerbe. Außerhalb der verarbeitenden Industrie auch die Elektrizitäts- und Gasversorgung. Die Aufwärtsentwicklung ist also sehr uneinheitlich. Ihr Hauptträger ist die Investitionsgüterherstellung.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

1983				1984			
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
93,0	95,2	95,4	97,5	98,6	93,9	99,5	101,5

1 Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Der Blick auf die Produktionsentwicklung in den letzten Monaten zeigt nur für Oktober einen wesentlich höheren Stand als im Vorjahr. Die letzten beiden Monate des Jahres bringen so geringe Zuwächse, daß sie als Indiz für die von den optimistischen Konjunkturforschern fortgesetzte Belebung im Jahre 1985 kaum dienlich sind.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	August	September	Oktober	November	Dezember
Insgesamt	+ 3,8	– 3,0	+ 9,4	+ 3,2	+ 2,3
Grundstoffe und Produktionsgüter	+ 2,9	– 2,8	+ 5,3	+ 0,5	– 0,1
Investitionsgüter	+ 8,6	– 1,2	+ 16,1	+ 8,3	+ 1,9
Verbrauchsgüter	+ 3,1	– 4,0	+ 5,6	+ 1,4	+ 4,4

1 1984 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

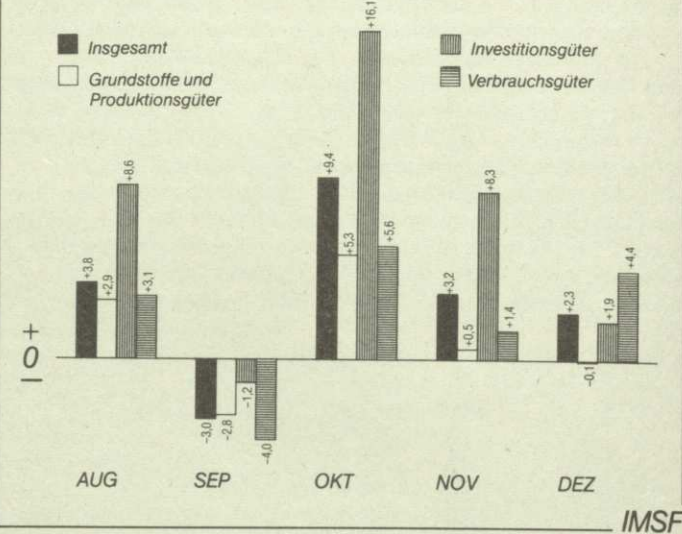
Die Auftragsentwicklung in der Industrie überschritt, wenn man die arbeitskampfbedingten Verzerrungen des zweiten und dritten Quartals ausklammert, erst in den letzten drei Monaten den Stand des Jahresbeginns. Die Tendenz ist nur schwach aufwärts gerichtet. Die Stabilität dieser Entwicklung ist skeptisch zu beurteilen.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1983				1984			
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
95	94	96	100	102	99	104	105

1 Volumen, Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes in % gegenüber dem Vorjahr



Skepsis gegenüber der Dynamik der Aufwärtsentwicklung beim Bestellniveau gründet sich auf den Vorjahresvergleich. Nach dem kräftigen Aufschwung der Auftragseingänge im Oktober ließen die Zuwächse (wohlgemerkt in jeweiligen Preisen) bis zum Jahresende merklich nach.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
August	+ 12,2	+ 9,0	+ 16,5	+ 5,9
September	+ 3,8	– 0,1	+ 8,4	– 1,6
Oktober	+ 16,7	+ 12,8	+ 21,5	+ 10,8
November	+ 6,4	+ 7,1	+ 5,6	+ 7,9
Dezember	+ 0,8	– 1,6	+ 2,5	– 1,2

1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr, zu jeweiligen Preisen
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Gerade der Dezember offenbart die Abhängigkeit künftiger Produktion von den Auslandsbestellungen: Negative Zahlen für alle Bereiche bei den Inlandsaufträgen. Einzig die Auslandsnachfrage läßt hoffen, daß die Produktion in den Anfangsmonaten 1985 nicht zurückgeht. Was die Verbrauchsgüterproduktion betrifft, die im Dezember überdurchschnittliche Zuwächse aufwies, so lassen die Auftragseingänge keine Fortsetzung dieser Blüte erwarten.

Auftragseingänge nach Herkunft¹

	Verarbeiten- des Gewerbe insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Inland				
August	+ 10,2	+ 5,2	+ 16,3	+ 4,5
September	+ 1,7	– 2,9	+ 7,6	– 3,2
Oktober	+ 12,8	+ 10,8	+ 16,9	+ 8,0
November	+ 2,8	+ 3,0	+ 0,7	+ 5,9
Dezember ²	– 1,9	– 2,7	– 0,9	– 3,1
Ausland				
August	+ 16,2	+ 16,0	+ 16,8	+ 12,6
September	+ 7,8	+ 5,9	+ 9,7	+ 5,3
Oktober	+ 23,8	+ 16,5	+ 27,7	+ 23,5
November	+ 13,0	+ 12,7	+ 12,8	+ 16,0
Dezember ²	+ 5,2	+ 0,1	+ 7,5	+ 7,3

1 Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Die Auslandsbestellungen verdankten sich der günstigen Konjunkturlage Nordamerikas und den günstigen Preisverhältnissen gegenüber dem Dollarraum. Erzeugnisse des Maschinenbaus und der elektrotechnischen Industrie standen bei den Auslandsorders im Mittelpunkt. Auch die Automobilindustrie verstärkte ihre Verträge mit Auslandskunden, ebenso die Chemische Industrie.

Gerade für die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie die Investitionsgüterindustrie war 1984 das Auslandsgeschäft wichtigster Belebungsfaktor. In manchen Branchen ist der Auslandsabsatz schon umfangreicher als der Verkauf im Inland.

Der Ausstoß der **eisenschaffenden Industrie** überstieg mit 39 Millionen Tonnen Rohstahl das Vorjahresergebnis um 10 Prozent. Allerdings war 1983 das Jahr mit dem niedrigsten Produktionsvolumen seit 1966 gewesen. Der bisherige Produktionshöhepunkt von 53,2 Millionen Tonnen im Jahre 1974 wird zur Zeit von niemandem ernsthaft als Möglichkeit in Erwägung gezogen. Die Produktionszunahme von 1984 ist hauptsächlich auf den Export zurückzuführen, wenngleich auch die Binnennachfrage leicht anstieg. Die Unternehmen machten im abgelaufenen Jahr wieder ausgewiesene Gewinne, allen voran der mit 10,7 Millionen Tonnen Rohstahl größte Hersteller, die Thyssen AG. Die Zahl der Beschäftigten war weiter rückläufig – um 12 000. Sie beträgt nunmehr 218 000. Das sind ein Drittel weniger als 1974. Es wird schwierig werden, die Exporterfolge 1985 fortzusetzen, da die USA sich gegen 6 Millionen Tonnen Importe absichern, welche woanders untergebracht werden müssen. Das Beibehalten des Produktionsniveaus von 1984 im Jahre 1985 wäre ein Erfolg.

Die **Chemische Industrie** weitete ihre Produktion um 5 Prozent aus. Umsätze und Gewinne machten 1984 Rekorde. So stieg der Branchenumsatz um 11 Prozent auf 141 Milliarden DM. Hauptursache war die starke Auslandsnachfrage mit einem Anstieg von 16 Prozent gegenüber 6 Prozent Anstieg des Inlandsabsatzes. Erstmals überschritt die Ausfuhrquote 50 Prozent, so daß mehr als jede zweite Mark aus dem Ausland kam. Die 7 Milliarden DM Investitionen wurden vor allem in Anlagen gesteckt. Wie sehr die Produktivität gestiegen ist, kann man daraus ablesen, daß für den 5prozentigen Produktionszuwachs nur ein Zuwachs der Beschäftigten um 0,3 Prozent erforderlich war. Die Zahl der Beschäftigten beträgt zur Zeit 550 000. Auch 1985 sind hohe Produktionsergebnisse zu erwarten, wofür die für das laufende Jahr geplante Investitionssumme von 7,3 Milliarden DM spricht.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	August	September	Oktober	November
Produzierendes Gewerbe insges.	+ 3,3	– 0,3	+ 8,3	+ 3,6
Eisenschaffende Industrie	+ 19,4	+ 8,0	+ 10,5	+ 6,3
Chemische Industrie	+ 5,4	– 0,3	+ 4,0	+ 2,8
Maschinenbau	+ 4,8	– 2,4	+ 11,0	+ 3,8
Straßenfahrzeugbau	+ 17,3	+ 0,7	+ 11,1	+ 10,1
Elektrotechnik	+ 8,8	+ 4,1	+ 12,7	+ 11,2
EDV-Geräte	+ 9,9	+ 24,4	+ 50,3	+ 40,0
Textilgewerbe	+ 1,0	– 2,5	+ 7,6	+ 2,8
Bekleidungsgewerbe	– 0,7	– 3,9	– 1,1	– 2,8
Bauhauptgewerbe	– 8,1	– 7,4	+ 4,0	– 5,7

1 In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Der **Maschinenbau** hatte 1984 eine Steigerung des realen Auftragseingangs um 9 Prozent, der sich zusammensetzt aus 2 Prozent mehr Inlandsbestellungen und 14 Prozent Zunahme bei den Exportaufträgen. Aus diesem Grunde gilt für 1985 ein reales Produktionswachstum von 5 Prozent als erreichbar. Im vergangenen Jahr stieg die Produktion um knapp 4 Prozent, wobei die Ausfuhr um 7 Prozent zunahm. Größtes Käuferland waren erstmals die USA, deren Konjunktur Ausrüstungsinvestitionen verlangte. Die Beschäftigtenzahl sank leicht ab und liegt bei 935 000 (1983: 956 000).

Die **Elektroindustrie** steigerte ihre Produktion 1984 real um 8,3 Prozent. Auch in dieser Branche wuchsen die Exporte schneller als

der Inlandsabsatz. Die Exportquote erhöhte sich von 41,4 auf 44 Prozent (im Bundesdurchschnitt). Die Beschäftigtenzahl beträgt etwa 930 000, wobei im Laufe des Jahres 1984 rund 30 000 zusätzlich beschäftigt wurden. Die Lage beim Siemens-Konzern ist zwar nicht auf andere Unternehmen übertragbar, aber doch kennzeichnend: Steigerung des Jahresüberschusses um 33 Prozent, Zunahme des Weltumsatzes von 39,5 auf 45,8 Milliarden DM, d.h. um 16 Prozent. Zunahme der Inlandsbelegschaft von 212 000 auf 216 000, d.h. um 1,9 Prozent. Auslandsanteil beim Umsatz: 50,9 Prozent. Wichtigstes Abnehmerland nach der Bundesrepublik: die USA. Der Industriezweig mit der höchsten Netto-Wertschöpfung wird seine Investitionen voraussichtlich um 15 Prozent auf 7 Milliarden DM steigern. Für das Jahr 1985 wird mit einem realen Wachstum der Produktion zwischen 5 und 6 Prozent gerechnet.

Die **Automobilindustrie** klagt über zwei Probleme. Erstens über die Produktionsausfälle infolge des Arbeitskampfes. Zweitens über die Debatte um die Verminderung der Schadstoffe im Abgas. Letztere wird für einen „Kaufstau“ von 400 000 Wagen verantwortlich gemacht, während von den Produktionsausfällen von ebenfalls 400 000 Einheiten bis Jahresende etwa 150 000 wettgemacht worden seien. Tatsächlich ist die Produktion 1984 um 3 Prozent zurückgegangen, auf 4 009 100 Fahrzeuge. Davon wurden 2,35 Millionen Stück exportiert. Der verstärkte Export – der Auslandsumsatz stieg um 8 Prozent – konnte den Rückgang des Inlandsumsatzes von 5 Prozent (bei PKW) zum Teil kompensieren. Der Absatzrückgang im Inland ist aber mit der Diskussion um die Abgasgesetzgebung nicht ausreichend zu erklären, da es nur die BRD-Hersteller waren, die am Inlandsmarkt an Boden verloren, während die Importe ausländischer Autos um 8,6 Prozent stiegen. Für 1985 erwartet die Branche, wann auch differenziert nach Herstellern, eine positive Entwicklung, vor allem eine nochmalige Ausweitung des Exports. Die Investitionen werden 1985 um 10 Prozent auf 10 Milliarden DM steigen. Ab Juli stieg die bis dahin nachlassende Beschäftigtenzahl von 775 000 auf knapp 800 000 an.

Enttäuschende Meldungen kommen aus der **Bauwirtschaft**. Zwar ist das Bauvolumen gegenüber 1983 noch etwas (1 Prozent) höher, die seit Frühjahr 1983 rückläufigen Bauaufträge wirken sich aber inzwischen auch auf Produktion, Kapazitätsauslastung und Beschäftigung negativ aus. So lagen Ende 1984 die Aufträge für den Wohnungsbau um 28,5 Prozent unter dem Niveau vom Vorjahr. Dementsprechend rückläufig sind die Investitionen und die Geräteauslastung. Sie betrug im November 1984 nur noch 52 Prozent gegenüber 55 Prozent im Vorjahresmonat. Im Wirtschaftsbau ist die Situation nicht so gedrückt, allerdings sind auch hier keine Aufschwungstendenzen sichtbar, da die Unternehmen der Industrie kaum erweitern, sondern eher rationalisieren wollen. Die Zahl der Insolvenzen nahm um 12 Prozent zu, auf 2765 Fälle, und übertraf damit bei weitem den bisherigen Höchststand (2020) von 1982. Am Jahresende 1984 waren rund 200 000 Bauarbeiter als arbeitslos registriert. Für 1985 wird von der Gewerkschaft ein Anstieg auf in der Spitze 300 000 Arbeitslose befürchtet. Mit einem weiteren Rückgang der Bauaktivitäten ist 1985 zu rechnen, da die Auftragsentwicklung noch abwärts gerichtet ist. Dies gilt in erster Linie für den Wohnungsbau, aber auch beim Wirtschaftsbau dürfte ein Produktionsrückgang nicht zu verhindern sein, da die Unternehmen bei Erweiterungsinvestitionen immer noch sehr zurückhaltend sind.

Im **Einzelhandel** hat sich im Laufe des Jahres 1984 die Absatzlage nicht verbessert. Da der private Verbrauch, der immerhin zur Hälfte aus einzelhandelsbezogenen Konsumausgaben besteht, nicht um die prognostizierten 2 Prozent zunahm, sondern real nur um 0,8 Prozent, hat auch der Einzelhandel keine großen Sprünge machen können. Der Umsatz erhöhte sich nominal um 2,8 Prozent, was einer realen Steigerung von etwa 0,5 Prozent – halb soviel wie 1983 – entspricht. Allein die Warenhäuser haben vier Prozent ihrer Beschäftigten, das sind 10 000 Personen, entlassen. Insgesamt ist die Beschäftigtenzahl zwischen 2 und 3 Prozent zurückgegangen.

1.4 Investitionen

Die Investitionstätigkeit hat sich 1984 keineswegs mit dem prognostizierten Schwung fortgesetzt. Statt auf vorausgesagte 4,5 Prozent Wachstum zu steigen, sackten die Zuwachsraten der Anlage-

investitionen auf unerwartet schwache 1,3 Prozent im Jahresdurchschnitt ab. Die Zuversicht für 1984 hatte sich auf die hohen Marken von 1983 gegründet. Indessen wurde bald klar, daß ins Jahr 1983 unter dem Einfluß der Investitionsprämie viele geplanten Investitionen vorgezogen worden waren, die folglich 1984 unterblieben. Die konjunkturelle Entwicklung ist durch die Zahlen von 1983 also überzeichnet, während diejenige von 1984 durch die Zahlen unterzeichnet wird.

Gesamtwirtschaftliche Investitionen

	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985 ²
Anlageinvestitionen insgesamt	+7,3	+3,2	-4,2	-5,4	+2,4	+1,3	+2
Ausrüstungen	+9,6	+2,5	-3,5	-6,6	+4,5	+1,0	+5
Bauten	+5,6	+3,7	-4,6	-4,5	+0,9	+1,5	-0,5

1 Reale Veränderung in Prozent
2 Prognose der Forschungsinstitute
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1985, S. 7; DIW-Wochenbericht, 43/1984)

Immerhin gab es in der zweiten Jahreshälfte einen deutlichen Anstieg bei den Ausrüstungen. Darauf gründen sich die Prognosen für 1985 für einen verstärkten Anstieg der Anlageinvestitionen, wobei der einkalkulierte Rückgang der Bauinvestitionen durch einen hohen Zuwachs (der optimistische Sachverständigenrat nimmt sogar 10 Prozent an) bei den Ausrüstungsinvestitionen mehr als wettgemacht werden soll.

Für den Kernbereich der kapitalistischen Wirtschaft, das verarbeitende Gewerbe, sagte das ifo-Institut sogar eine 8prozentige Steigerung der Anlageinvestitionen voraus. Den Dämpfungseffekt der Investitionen für Betriebsbauten berücksichtigt „dürfte der reale Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen die 10%-Marke noch übersteigen“. (ifo-Schnelldienst, 32/84, S. 5-7) Die Absatzchancen der Industrie im Ausland können eine solche Prognose zwar unterstützen. Doch die noch immer recht geringe Auslastung der Kapazitäten Ende 1984 spricht nicht für die Notwendigkeit derartig hoher Neuinvestitionen.

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

	März	Juni	September	Dezember
1975	76,7	75,2	75,2	76,9
1980	85,3	83,2	81,4	79,6
1981	79,2	78,8	79,0	78,9
1982	78,0	77,1	74,9	75,5
1983	75,8	78,3	78,8	80,5
1984	80,9	76,2 ²	82,2	82,8

1 In % der betrieblichen Vollausslastung
2 Verzerrung durch Arbeitskampf
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 31/1984, S. 2; Ifo-Konjunkturtest)

Bei der Zielsetzung der Investitionen gewinnt zwar die Kapazitätserweiterung wieder leicht an Bedeutung (bei aller Fragwürdigkeit der Ermittlungsmethode solcher Motive der Investition). Doch wird die Erweiterung nur von relativ wenig Branchen bestimmt: dem Straßenfahrzeugbau, der Elektrotechnik und der Feinmechanik und Optik, auch von der Chemischen Industrie. Hauptzielsetzung bleibt weiterhin mit Abstand die Rationalisierung.

Zielsetzung der Investitionen im verarbeitenden Gewerbe¹

	1982	1983	1984	1985
Kapazitätserweiterung	19	18	22	26
Rationalisierung	53	55	53	49
Ersatzbeschaffung	28	27	25	25

1 Anteile in %, 1985 geplant
(Quelle: Ifo-Schnelldienst 32/1984, S. 7)

1.5 Außenwirtschaft

Im vergangenen Jahr wurde im Außenhandel nominal der höchste Exportüberschuß in der Geschichte der Bundesrepublik erzielt. Die Warenausfuhr schnellte um 13 Prozent hoch und überflügelte die

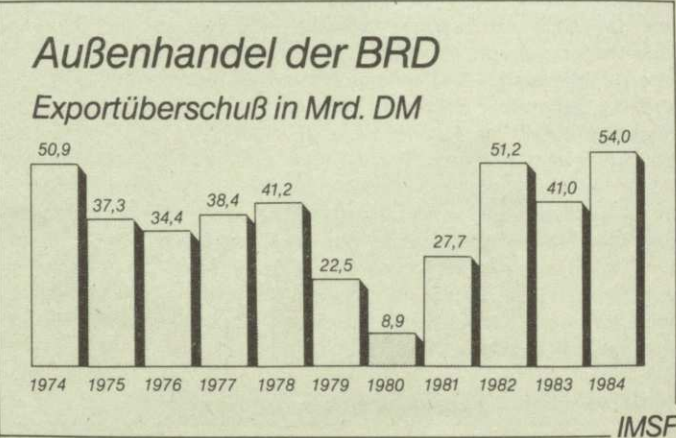
mit 11 Prozent ebenfalls steil angestiegene Einfuhr um 54 Milliarden DM.

Die ausführenden Unternehmen der Bundesrepublik partizipierten überproportional vom expandierenden Welthandel. Dabei hat sich Nordamerika nach Frankreich zum wichtigsten Abnehmer entwickelt, der immerhin rund 10,4 Prozent des Exports aufnahm. Tatsächlich war die florierende US-Konjunktur zusammen mit dem hohen Dollarkurs (gegenüber der DM) die Stütze des Ausfuhrrekords, und der Export seinerseits war Hauptmotor der binnenwirtschaftlichen Entwicklung der BRD.

Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo in Mrd. DM
	in Mrd. DM	% ¹	in Mrd. DM	% ¹	
1974	230,6	+29,3	179,7	+23,6	+50,9
1975	221,6	-3,9	184,3	+2,6	+37,3
1976	256,6	+15,8	222,2	+20,5	+34,4
1977	273,6	+6,6	235,2	+5,9	+38,4
1978	284,9	+4,1	243,7	+3,6	+41,2
1979	314,5	+10,4	292,0	+19,8	+22,5
1980	350,3	+11,4	341,4	+16,9	+8,9
1981	396,9	+13,3	369,2	+8,1	+27,7
1982	427,8	+7,8	376,6	+2,0	+51,3
1983	432,3	+1,2	390,4	+2,9	+42,0
1984	488,2	+13,0	434,2	+11,2	+54,0

1 In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)



Angesichts der Tatsache, daß sich global die Ausdehnung des Welthandels abschwächt – für 1985 wird eine Zunahme von 4-5 Prozent gegenüber 9 Prozent in 1984 erwartet – und zudem die Konjunktur in den USA sich einschneidend verlangsamt hat, ergeben sich für die Zukunft weniger günstige Aussichten im Außenhandel. Die durchschnittliche Schätzung der Wirtschaftsforscher von real (!) 6 Prozent Exportsteigerung der BRD-Wirtschaft für 1985 ist sicherlich zu optimistisch.

Der Außenhandel der Bundesrepublik ist durch eine unvermindert enge Verflechtung mit den kapitalistischen Industrieländern gekennzeichnet. Innerhalb dieser Staaten hat sich bei der Ausfuhr das Gewicht der USA und von Kanada spürbar erhöht. Gegenüber 1983 stieg allein der Export in die USA um 47 Prozent, der Ausfuhrüberschuß gegenüber den USA erhöhte sich von 4,1 auf über 14 Milliarden DM. Auch gegenüber den übrigen EG-Ländern erhöhte sich der Aktivsaldo im Warenhandel um 8 Milliarden DM. Einen Überschuß der Einfuhr gibt es gegenüber Japan, ebenso – wenn gleich in geringerem Maß – gegenüber den Entwicklungsländern außerhalb der OPEC sowie gegenüber der Sowjetunion. Insgesamt kann man sagen, daß die internationale Konkurrenzfähigkeit der BRD in keiner Weise bedroht ist. Andererseits nützt die Konkurrenzfähigkeit nicht viel, wenn – was zu erwarten ist – die Aufnahmefähigkeit des Weltmarkts insgesamt an Expansionskraft verliert.

Wichtig für die internationale Konkurrenzposition beim Warenhandel ist die Konstellation beim Kapitalexport. Einen unmittelbaren Bezug zum Warenexport haben dabei die Direktinvestitionen vor al-

Außenhandel nach Ländern¹

	1982	Einführen 1983	1984	1982	Ausführen 1983	1984
Kapitalistische Industrieländer	76,1	78,1	77,7	77,8	79,0	81,2
darunter:						
EG-Länder	48,1	49,2	47,8	48,1	48,4	47,9
USA/Kanada	8,4	7,9	8,1	7,2	8,1	10,4
Japan	3,3	3,7	4,7	1,2	1,3	1,6
Entwicklungsländer	18,2	16,2	16,2	17,0	15,5	13,8
darunter:						
OPEC-Länder	8,7	6,9	6,4	8,9	7,3	5,7
Sozialist. Länder ²	5,7	5,7	6,0	4,8	5,2	4,7

1 Warenverkehr, Anteile in Prozent
2 Ohne Handel mit der DDR
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

lem in die entwickelten kapitalistischen Länder, wohin rund 75 Prozent der Direktinvestition gehen. Nachdem sich die BRD seit 1974 aus einem Kapitalimportland in ein kapitalexportierendes Land verwandelt hat mit einem Bestand von mittlerweile weit über 80 Milliarden DM Direktinvestitionen im Ausland, setzte sich auch 1984 der langfristige Trend fort. Insgesamt flossen aus der BRD 1984 5,4 Milliarden DM mehr an Anlagekapital ins Ausland als von dort herinkamen. Hauptanleger sind die chemische Industrie, die Fahrzeughersteller und die Eisen- und Stahlproduzenten.

Die vor einigen Jahren vieldiskutierte Leistungsbilanz, eine Zusammenfassung der Handelsbilanz, der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz (Reiseverkehr, Gastarbeiterüberweisungen, Zahlungen an die EG usw.) weist einen gewachsenen Überschuß auf.

Leistungsbilanz¹

	Handelsbilanz	Dienstleistungsbilanz	Übertragungsbilanz	Leistungsbilanz
1978	+41,2	-8,1	-17,6	+17,5
1979	+22,4	-12,4	-20,8	-10,1
1980	+8,9	-14,7	-24,0	-29,8
1981	+27,9	-17,9	-27,2	-16,6
1982	+51,3	-16,2	-28,3	+8,6
1983	+42,0	-9,6	-26,5	+8,4
1984	+54,1	-6,9	-31,2	+10,7

1 Mrd. DM, Zusammenfassung von Handels-, Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz
2 Teilweise geschätzt
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Für die Leistungsbilanz sagen die Forschungsinstitute für 1985 eine nochmalige Verdoppelung auf 20 Milliarden DM voraus. Da der Import wegen der verhaltenen BRD-Nachfrage nur gering ansteige und die Importpreise zudem nur langsam stiegen, komme es wegen des weiterhin hohen Exports zu jenem Ergebnis.

2 Unternehmensgewinne und Konzentration

2.1 Unternehmensgewinne

Der Anstieg der Unternehmensgewinne war wieder einmal höher, als er im letzten Jahr von den Forschungsinstituten vorausgeschätzt worden war. Anstatt um 7 Prozent stiegen die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um rund 9,5 Prozent brutto. Der Gewinnboom, der im Krisenjahr 1982 eingesetzt hatte, ist damit ins dritte Jahr gegangen.

Brutto, d.h. vor Abzug der Steuern, aber auch netto sind die Unternehmensgewinne fast so schnell gestiegen wie im Jahr zuvor.

Zwischen 1982 und 1984 stiegen in der Gesamtwirtschaft die Unternehmensgewinne um etwa 30 Prozent, während die Investitionen

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen¹

	Brutto	Netto
1980	-0,9	+0,5
1981	-0,1	+1,0
1982	+6,1	+6,4
1983	+11,2	+12,9
1984	+9,5	+10,5
1985 ²	+6,0	+7,0

1 Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
2 Herbstgutachten – Schätzung
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1985, S. 10)

nur um etwa 7 Prozent zunahmen. Ein Zusammenhang zwischen Gewinnsituation und Sachanlageinvestition ist weniger denn je sichtbar. Vor allem die großen Konzerne sind in der Lage, ihre Investitionsprogramme voll aus den Abschreibungen zu decken, während sie ihre Überschüsse an den Geld- und Kapitalmärkten zins- und renditeträchtig anlegen. Die Eigenfinanzierungsquote, d.h. die Relation von selbsterwirtschafteten Mitteln (Gewinne, Abschreibungen, Rückstellungen) zu Anlageinvestitionen, hat 1984 die 100 Prozent überschritten.

Die Firmengewinne im engeren Sinne sind noch rascher gestiegen als die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Die Frankfurter BHF-Bank ermittelte auf der Grundlage der Gewinnanalyse bei 59 großen Aktiengesellschaften der Industrie einen Anstieg von 14,5 Prozent im Durchschnitt. Für 1985 erwartet die Bank ein Plus von durchschnittlich 9 Prozent bei diesen Aktiengesellschaften.

Gewinn je Aktie¹

	1984	1985
Siemens	50,-	60,-
Philips	35,-	40,-
SEL	11,-	15,-
Nixdorf	20,-	25,-
Daimler	58,-	67,-
Porsche	100,-	140,-
BMW	42,-	44,-
VW	23,-	26,-
BASF	32,-	30,-
Bayer	37,-	35,-
Hoechst	35,-	33,-
Schering	42,-	40,-

1 DM je 50-DM-Aktie, ohne Steuergutschrift
(Quelle: BHF-Bank, Stand 31. 12. 1984)

Gegenüber den Automobilunternehmen wurden für die Elektronikunternehmen noch höhere Gewinnsteigerungen erwartet. Für die Großchemie gehen die Analytiker von einer Stabilisierung auf hohem Niveau aus.

2.2 Konzentration

Der Konzentrationsprozeß hat sich nach einer Verlangsamung im Jahre 1984 wieder beschleunigt. Die Zahl der anzeigepflichtigen Fusionen ist um 14 Prozent gestiegen. Die Insolvenzen waren ebenfalls erwartungsgemäß im Aufschwung höher. Sie erreichten die Rekordzahl von 16 760 Fällen.

Insolvenzen und Fusionen

	1975	1976	1977	1978	1979
Insolvenzen	9 195	9 361	9 562	8 722	8 319
Fusionen	448	453	554	558	602
	1980	1981	1982	1983	1984
Insolvenzen	9 144	11 653	15 877	16 056	16 760
Fusionen	635	618	603	506	575

(Quelle: Creditreform, Neuss; Bundeskartellamt, lt. Presseberichten)

Während spektakuläre Insolvenzfälle weitgehend ausblieben, machen zwei Großfusionen von sich reden. Erstens dürfte bis Mitte

1985 die Stahl-Fusion Krupp-Klöckner praktische Form angenommen haben. Zweitens wird sich wohl die Zusammenlegung von Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) und dem Flickschen Unternehmen Krauss-Maffei zum bestimmenden Rüstungskonzern der BRD realisieren.

Großfusionen¹ in kapitalistischen Industrieländern

	Fälle	Betroffener Umsatz in Mrd. Dollar	Betroffene Beschäftigte in 1000
1976	18	25,3	494
1977	21	20,6	396
1978	45	34,6	531
1979	49	49,2	633
1980	49	60,9	726
1981	57	82,7	734
1982	46	54,3	444
1983	59	67,5	665

1 Fusionen mit mindestens 5000 Beschäftigten oder 0,4 Mrd. Dollar Jahresumsatz (Quelle: IPW-Berichte 12/1984, S. 55)

Im letzten Jahr der zyklischen Krise 1980/83 stiegen die monopolistischen Großankäufe wieder an. Erstens weil durch die Krise geschwächte Rivalen jetzt ökonomisch günstiger erworben werden konnten. Zweitens weil in einigen Staaten (USA, Japan, Großbritannien) die Antitrustgesetze gelockert wurden. Unter den Firmenzusammenschlüssen fallen Aufkäufe von Handels- und Dienstleistungsunternehmen durch Industriekonzerne und umgekehrt stärker auf als früher. Weitaus größer als in den Vorjahren ist die Beteiligung von Rüstungskonzernen an den Zentralisationsprozessen – offenbar begünstigt durch die NATO-Rüstungsprogramme. Herausragendster Fusionsfall war nicht zufällig in den USA: der Chemie- und Rüstungskonzern „Allied“ (6,2 Mrd. Umsatz) gliederte sich ganz den Rüstungskonzern „Bendix“ (4,1 Mrd. Umsatz) und maßgeblich den Raketenhersteller „Martin Marietta“ (3,5 Mrd. Umsatz) ein.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Einkommensentwicklung der Lohn- und Gehaltsempfänger hat sich – nominal – 1984 weiter verlangsamt. Die tariflichen Arbeitseinkommen sind nur noch um 2,7 Prozent gestiegen, geringer als in jedem Jahr zuvor.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
+5,9	+6,9	+5,6	+4,8	+6,6	+5,4	+4,0	+3,3	+2,7

1 Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Allerdings hat sich auch der Rückgang der realen Arbeitseinkommen pro Beschäftigtem, also der Reallohne und -gehälter, gegenüber dem Vorjahr etwas verlangsamt. Die Preise für die Lebenshaltung stiegen nicht so schnell wie 1983. Insgesamt ist die Kaufkraft der Löhne und Gehälter trotz der konjunkturellen Belebung weiter zurückgegangen. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit erlaubte den Unternehmern ein derartiges Verhalten in der Lohngestaltung.

Die Kaufkraft der durchschnittlichen Arbeitseinkommen sank damit schon fünf Jahre hintereinander. Seit 1979 ging sie um 5,5 Prozent zurück. Die Forschungsinstitute rechnen für 1985 mit einer niedrigeren Teuerungsrate bei der Lebenshaltung, d.h. mit 2 Prozent. Für die Bruttolohn- und -gehaltssumme wird der gleiche Anstieg wie 1984 vorausgesagt. Demnach könnte es eventuell 1985 zu keinem weiteren Rückgang der Realeinkommen der abhängig Beschäftigten kommen.

Eine Stagnation bei den Reallohnen der Beschäftigten wird aber den weiteren realen Rückgang der Masseneinkommen nicht auf-

Reallohnentwicklung¹

	1980	1981	1982	1983	1984
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+8,1	+4,3	+2,1	+1,4	+2,6
Nettolohn- und -gehaltssumme	+6,5	+3,8	+0,8	+0,4	+1,4
Je Beschäftigten	+5,0	+4,4	+2,9	+2,0	+1,8
Inflationsrate	+5,5	+5,9	+5,3	+3,0	+2,4
Realeinkommen je Beschäftigten	-0,5	-1,5	-2,4	-1,0	-0,6

1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.; DIW-Wochenbericht 7/1985)

halten können. Die Sozialeinkommen werden wegen des realen Absinkens des Rentenniveaus und der auch nominal verminderten Zahlungen an Arbeitslose weiter an Kaufkraft verlieren. Eine Zunahme des privaten Verbrauchs kann in diesem Zusammenhang nicht vorhergesagt werden, denn einzig die Kaufkraft der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, genauer der entnommenen Gewinne, kann der inländischen Komsumgüternachfrage gewisse Impulse geben.

Die Lohndrift, d.h. die Differenz im Anstieg der Tarif- und Effektiv-einkommen, ist im zweiten Quartal 1984 wieder negativ geworden.

Lohndrift¹

	1983			1984		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Tariflöhne	+4,0	+3,7	+3,2	+3,1	+3,1	+1,9
Effektivlöhne	+2,2	+3,1	+3,9	+4,3	+8,2	-0,1
Lohndrift	-1,8	-0,6	+0,7	+1,2	+5,1	-1,8

1 Wochenlöhne der Arbeiter, Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr (Quelle: DIW-Wochenbericht 4/1985, S. 43)

Diese Entwicklung dürfte auf den Abbau von tariflich nicht abgesicherten betrieblichen Lohnleistungen zurückzuführen sein.

3.2 Preise

Die Preisentwicklung war 1984 entsprechend der niedrigen inländischen Konsumnachfrage und der gegenläufigen Entwicklung beim Außenhandel recht unterschiedlich.

Ausgewählte Preisindizes¹

	Lebenshaltung	Industrie-preise	Landwirt-schaftliche Erzeugerpreise	Einzelhandels-preise	Import-preise
1978	+2,7	+1,2	-5,4	+2,4	- 5,2
1979	+4,1	+5,0	+2,1	+4,3	+12,9
1980	+5,5	+7,6	+1,7	+5,4	+17,1
1981	+5,9	+7,7	+6,0	+5,3	+14,0
1982	+5,3	+5,7	+4,4	+4,8	+ 1,5
1983	+3,0	+1,5	-2,5	+2,4	0,0
1984	+2,4	+2,9	-1,2	+2,1	+ 6,0

1 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Abgesehen von der zunehmenden Kritik am Warenkorb, der die Lebenshaltung umfaßt (Vorwürfe gehen auf manipulative Verzerrung hinaus, wodurch der Preisanstieg um bis zu 1,5 Prozent untertrieben würde), ist festzustellen, daß der Preisindex für die Lebenshaltung im Jahresdurchschnitt die niedrigste jährliche Steigerungsrate seit 15 Jahren aufweist. Für eine Änderung dieser Tendenz gibt es im zweiten Halbjahr 1984 keine Anzeichen.

Ursächlich für den niedrigen Anstieg der Lebenshaltungskosten ist die Stabilität der Nahrungsmittelpreise, hinter denen sich sogar ein Rückgang bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen verbirgt. Unter dem Einfluß der niedrigen Massenkaufkraft blieb der Anstieg der Einzelhandelspreise noch unter dem Anstieg des Lebenshaltungs-Preisindexes. Über dessen Niveau lag die Zunahme bei den Wohnungsmieten, wenngleich auch in diesem Bereich der Anstieg sich verlangsamte.

Lebenshaltungsindex 1984/1985

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat	
	Vorjahr	
Juli	-0,2	+2,2
August	-0,2	+1,7
September	+0,1	+1,5
Oktober	+0,6	+2,1
November	+0,2	+2,1
Dezember	+0,1	+2,0
Januar	+0,6	+2,1

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Index der Wohnungsmieten

1980	1981	1982	1983	1984
+5,1	+4,3	+5,0	+5,3	+3,8

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Im Zeichen der Exportkonjunktur sind die Industriepreise wieder stärker gestiegen als im Vorjahr. Trotzdem ist der Anstieg gering genug, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Exportunternehmen der BRD nicht zu gefährden. Die von der Einfuhr ausgehenden – hauptsächlich durch die Kursverluste der DM gegenüber dem US-Dollar verursachten – Preissteigerungstendenzen setzten sich auf dem Inlandsmarkt nicht spürbar durch.

3.3 Einkommensverteilung

Das Jahr 1984 war wiederum ein Jahr deutlicher Einkommensumverteilung zugunsten der Gewinne. Die unbereinigte Brutto-lohnquote ist die niedrigste der letzten zehn Jahre. Bereinigt man diese Quote um den Anstieg des Anteils der abhängig Beschäftigten an den Erwerbstätigen, erhält man einen Wert, weit unter dem Niveau vor Ausbruch der Krise 1974/75.

Lohnquoten¹

	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote ²	Nettolohn- und -gehaltssumme Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote ²
1960	60,1	60,1	43,7	43,7
1970	68,0	62,9	45,0	41,7
1975	73,1	66,1	44,2	40,0
1976	71,8	64,6	42,0	37,8
1977	72,2	64,6	41,9	37,5
1978	71,4	63,6	41,8	37,3
1979	71,5	63,4	41,9	37,2
1980	73,3	64,7	42,2	37,3
1981	74,4	65,6	42,4	37,4
1982	73,7	65,1	41,4	36,5
1983	71,7	63,5	39,7	35,1
1984	70,3	62,2	38,7	34,2

1 Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen
2 Bei konstant gehaltenem Anteil der Abhängigen an den Erwerbstätigen 1960 (Quellen: DIW-Wochenbericht 7/1985, S. 80; Wirtschaft und Statistik, 1/1985, S. 6; Jahresgutachten des Sachverständigenrates 1984/1985, S. 68)

Bezieht man aber die Nettolohn- und -gehaltssumme auf das Volkseinkommen, so errechnet sich – sowohl unbereinigt als auch bereinigt – eine Quote, die so niedrig ist wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik.

Diese Entwicklung widerlegt alle konservativen Wirtschaftsforscher und Unternehmenssprecher, die für sämtliche Krisenerscheinungen die zu hohen Lohnquoten, ausgedrückt durch den Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, verantwortlich machen. Gemäß der konservativen Krisenanalyse und -therapie hätte es aufgrund der niedrigen Lohnquoten und – als deren Kehrseite – der hohen Gewinnquoten längst zu einem kräftigen Aufschwung, vor allem der Investitionen, kommen müssen. Das Gegenteil war der Fall. Der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Sozialprodukt ging sogar zurück (von 20,7 auf 20,4 Prozent).

Nach Ansicht der Bundesregierung wird sich dieser Umverteilungsprozeß zugunsten der Unternehmer auch 1985 fortsetzen. Die Lohnquote wird nach der Jahresprojektion des Wirtschaftsministeriums 1985 auf dem Niveau der 60er Jahre liegen, wozu, wie ein Regierungssprecher verkündete, die Tarifpartner (sprich: die Gewerkschaften) „wesentlich“ beigetragen hätten.

Redaktionelle Anmerkung: Wegen der besonders einschneidenden Maßnahmen im Bereich der Sozialpolitik wird in der nächsten Ausgabe der „Informationen“ diesem Punkt ein größerer Abschnitt gewidmet. Aus dem gleichen Grund haben wir auf eine Behandlung in dieser Nummer verzichtet, zumal das nachfolgende Kapitel „Streikentwicklung unter Krisenbedingungen“ aus besonderem Anlaß ausgeweitet worden ist.

3.4 Streikentwicklung unter Krisenbedingungen

Umfang, Schwerpunkte und neue Tendenzen 1975 bis 1984

Die Arbeitskämpfe um die 35-Stunden-Woche 1984 sprengten in mehrerer Hinsicht bisherige Maßstäbe in der Streikgeschichte der BRD: Sie waren eine der längsten Bewegungen, und es wurde in zwei Industriezweigen gleichzeitig gestreikt (dies war nur 1978 auch der Fall). Zugleich verdeutlichten die Schwierigkeiten, der Ablauf und die begrenzten materiellen Ergebnisse der Streiks die grundlegend veränderten Handlungsbedingungen, die schon seit Mitte der 70er Jahre bisherige Konzepte und Formen der Interessenvertretung in Frage gestellt und die Suche nach einer wirksamen gewerkschaftlichen Antikrisenstrategie verstärkt hatten. Diese Tendenzen waren in allen Arbeitskämpfen der letzten Jahre zum Ausdruck gekommen und belegten die tiefe Umbruchsituation in der BRD, mit der die Gewerkschaften konfrontiert sind. Entwicklung und Umfang der sozialen Kämpfe des letzten Jahrzehnts sollen auf Grundlage des statistischen Materials resümiert werden.

Arbeitskämpfe in der BRD 1975–1984

Jahr	Beteiligte	Verlorene Arbeitstage
1975	35 814	68 680
1976	169 312	533 696
1977	34 437	23 681
1978	487 050	4 281 284
1979	77 326	483 083
1980	45 159	128 386
1981	253 334	58 398
1982	39 981	15 106
1983	94 070	40 841
1984	537 265	5 617 595

(Quelle: Statistische Jahrbücher der BRD 1976 bis 1984; ANBA Nr. 6, 9 und 11/1984; schriftliche Mitteilung durch die Bundesanstalt für Arbeit über Jahreszahlen 1984)

Wie die Tabelle zeigt, stellt die Streikentwicklung 1984 bezogen auf Beteiligte und „verlorene“ Arbeitstage einen bisherigen Höhepunkt dar. Eine ebenfalls streikintensive Phase bilden die Jahre 1978/79, als zugleich in drei Branchen – zuerst fast zeitgleich in Druck- und Metallindustrie und dann im Winter 1978/79 in der Stahlindustrie – Streik und Aussperrung stattfanden. Gegenstand der Kämpfe waren „qualitative“ Tarifziele, die mit Forderungen nach Rationalisierungsschutz und Arbeitszeitverkürzung auf die durch neue Technik und Krise forcierten Probleme reagierten. Den Beginn eines neuen Zyklus von Arbeitskämpfen unter Krisenbedingungen hatte der Druckerstreik 1976 gebildet.

Das Streikniveau in der BRD war im Vergleich mit anderen entwickelten kapitalistischen Ländern wie Frankreich, Italien und Großbritannien in den letzten Jahrzehnten außerordentlich niedrig – ein Ausdruck des relativ stabilen „sozialen Konsenses“ und des Systems sozialpartnerschaftlicher Beziehungen.

Selbst in kleinen Ländern wie den Niederlanden ist die Arbeitskämpfintensität zum Teil höher. Ein noch niedrigeres Streikniveau als die BRD besitzt Österreich als „Musterland der Sozialpartnerschaft“. Der internationale Vergleich zeigt allerdings seit Beginn der 80er Jahre, daß mit jährlichen Schwankungen und auf jeweils

Streiks in einigen kapitalistischen Ländern 1980–1984
(3. Quartal)

Land	(durch Arbeitskampf verlorene Arbeitstage in Tsd.)				
	1980	1981	1982	1983	1984 (1.–3. Quartal)
Groß- britannien	11 964	4 267	5 315	3 590	15 859
Frankreich	16 71	1 442	2 250	1 325	984
Italien	16 457	10 527	18 562	13 312	3 600 ¹
Niederlande	55	23	215	118	–
Österreich	17	4	0	–	–
BRD	128	58	15	41	5 617

¹ Eigene Berechnungen
(Quelle: OECD [Hrsg.], Main Economic Indicators, Paris, Januar 1985; Statistisches Bundesamt [Hrsg.], Streiks und Aussperrungen im Ausland 1983, Reihe 1.3, August 1984)

unterschiedlichem Niveau die Arbeitskampftaktivitäten in allen Ländern eher rückläufig waren (gegenüber den 70er Jahren). Die durch die Krise komplizierten Kampfbedingungen drücken sich in allen kapitalistischen Ländern aus und drängen die Gewerkschaften in die Defensive.

Zwar finden in mehreren Ländern seit Beginn der 80er Jahre einzelne militante Abwehrkämpfe in Betrieben und Krisenbranchen statt: so in Frankreich in der Stahlindustrie und bei den Automobilwerken Talbot und Citroën; in der BRD mehrere Betriebsbesetzungen (1981: 6, 1982: 10, 1983: 16 Betriebe) insbesondere auf den Werften HDW Hamburg und AG Weser Bremen im Jahr 1983. Größere Arbeitskämpfe mit einer umfassenden politischen Dimension wurden nur in zwei Fällen sichtbar: Einmal in der BRD in den Streiks um Arbeitszeitverkürzung, durch die 1984 das bundesdeutsche Streikniveau über dem Italiens und Frankreichs lag. Zum anderen im Bergarbeiterstreik in Großbritannien, der im Frühjahr 1984 begann und bis in das Jahr 1985 andauerte.

Die Streikintensität der BRD ist in den einzelnen Wirtschaftssektoren bzw. gewerkschaftlichen Organisationsbereichen sehr ungleichmäßig entwickelt. Zwei Drittel bis drei Viertel aller Streikenden in den 70er Jahren, zu Beginn der 80er Jahre sogar über neun Zehntel, entfallen auf den Organisationsbereich der IG Metall. Dies entspricht z.T. der wirtschaftlichen Schlüsselrolle der erfaßten Industriegruppe, insbesondere der metallverarbeitenden Industrie.

Verteilung der Streikaktivitäten auf Wirtschaftszweige bzw. gewerkschaftliche Organisationsbereiche 1969–1983
(einschließlich Aussperrungen)

	1969–1974			1975–1980			1981–1983	
	Streikbeteiligte (jahresdurchschnittlich)	Anteil in v.H. der an Streiks Beteiligten		Streikbeteiligte (jahresdurchschnittlich)	Anteil in v.H. der an Streiks Beteiligten		Streikbeteiligte (jahresdurchschnittlich)	Anteil in v.H. der an Streiks Beteiligten
Bergbau	3 117	(1,5)	} (74,4)	–	(–)	} (68,3)	–	(–)
Eisen und Stahl	15 608	(7,4)		27 736	(19,6)		6 841	(5,3)
Metall	141 628	(67,0)		69 002	(48,8)		117 487	(91,6)
Chemie	7 191	(3,4)		856	(0,6)		537	(0,4)
Öffentlicher Dienst	27 615	(13,0)		3 449	(2,4)		1 558	(1,2)
Post	4 400	(2,1)		4 270	(3,0)		–	(–)
Textil und Bekleidung	1 247	(0,6)		702	(0,5)		784	(0,6)
Bauindustrie	146	(0,1)		1 600	(1,1)		–	(–)
Papierverarbeitende und Druckindustrie	5 925	(2,8)		31 965	(22,6)		116	(0,1)
Holz- und kunststoff- verarbeitende Industrie	1 883	(0,9)		443	(0,3)		671	(0,5)
Handel	–	(–)		–	(–)		249	(0,2)
	208 760	(98,8)		140 023	(99,0)		128 243	(99,9)

(Quelle: Eigene Berechnungen nach den Statistischen Jahrbüchern der BRD 1970–1984)

Aufgrund der starken Stellung des Metallbereiches besitzt die IG Metall praktisch eine tarifpolitische Schrittmacherrolle. Die hohe Streikintensität im Organisationsfeld der IG Metall, die auch in den vorhergehenden Jahrzehnten festzustellen ist, korrespondiert mit der Kontinuität relativ starker kämpferischer Positionen in dieser Gewerkschaft. Allerdings darf die starke regionale Konzentration

nicht übersehen werden: Fast die Hälfte aller Streikenden kommt aus Baden-Württemberg. Alle wichtigen großen Arbeitskämpfe (1963, 1971, 1973, 1978 und 1984) wurden mit Ausnahme des Stahlstreiks 1978/79 (NRW) und der gleichzeitigen Einbeziehung von Hessen 1984 im IG-Metall-Bezirk Stuttgart geführt.

Beachtenswert ist der Anstieg der Streikanteile der relativ kleinen IG Druck und Papier in der zweiten Hälfte der 70er Jahre auf über 20 Prozent. Während der Anteil 1981 bis 1983 sehr niedrig liegt, gewinnt er 1984 durch den Arbeitskampf wieder ein Gewicht von über 19 Prozent aller Streikenden.

Streikende 1984

Bereich	Arbeitskampfbeteiligte (inkl. Aussperrungen)	Anteil in v.H. der Streikbeteiligten
Metall	424 781	(79,0)
Druck	104 070	(19,4)
beide zusammen	528 851	(98,4)
Insgesamt	537 265	(100,0)

(Quelle: ANBA Nr. 6, 9 und 11/1984; schriftliche Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeit über Jahreszahlen 1984)

Mit den offensiv geführten Arbeitskämpfen 1976, 1978 und 1984 hat die IG Druck und Papier neben der IG Metall die wichtigsten gewerkschaftspolitischen Impulse für die Entwicklung gewerkschaftlicher Gegenwehr unter den krisenbestimmten Kampfbedingungen gegeben. Auf Metall- und Druckbereich zusammen entfallen seit 1975 weit über 90 Prozent aller Streikenden.

Die Streikaktivität im öffentlichen Dienst, die zu Beginn der 70er Jahre (Arbeitskampf 1974) begünstigt durch das sozialliberale Reformklima recht hoch war, ist wieder auf ein niedriges Niveau zurückgefallen. Eine Ausnahme bildete im Staatssektor der Poststreik 1980 um Arbeitszeitverkürzung für Schichtarbeiter.

Auffällig ist der sehr geringe Streikanteil des Bergbaus, der Chemie- und der Bauindustrie, die zu den großen und zum Teil auch traditionellen Gewerkschaftsstützpunkten gehören. Während im ersten Jahrzehnt der BRD der Bergbau (33 Prozent) und das Baugewerbe (4 Prozent) zu den kämpferischen und streikintensiven Teilen der Gewerkschaftsbewegung zählten, hat sich seit den 50er Jahren ein extrem sozialpartnerschaftlicher und antikommunistischer Kurs durchgesetzt, der seine Entsprechung in einer weitgehend sozialfriedlichen Praxis findet.

Teilnehmer an betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktionen 1975–1983 (in Tsd.)

Jahr	während Tarifkonflikten		gegen Sozialabbau		gegen Arbeitsplatzvern.	
	Streiks, Warnstreiks, Aussp.	Aktionen insges.	Streiks, Warnstreiks	Aktionen insges.	Streiks, Warnstreiks	Aktionen insges.
1975	–	55,0	–	8,0	–	20,0
1976	–	589,0	–	–	–	34,0
1977	–	226,0	–	4,0	–	117,7
1978	–	913,5	–	3,0	–	130,0
1979	180,2	210,1	2,0	5,2	19,9	54,9
1980	258,3	264,3	61,4 ²	87,0	42,4	109,7 ¹
1981	3 009,1	3 009,6	3,7	100,2 ³	62,8	159,8
1982	339,3	340,8	3,1	690,5 ³	134,5	292,8
1983	1 139,0	1 139,0	18,2	134,0	345,3	507,5

¹ Ohne den Textil-Warnstreik mit 270 000 Beteiligten

² Darunter 51 100 in Warnstreiks bei Stahl für die Montanmitbestimmung

³ Inkl. der DGB/IGM-Kundgebungen gegen Sozialabbau und Rüstungspolitik (1981: 86 000 Teilnehmer, 1982: 621 000 Teilnehmer)
(Quelle: Archiv Soziale Bewegungen im IMSF)

schaft Handel, Banken und Versicherungen – Ausdruck einer in den letzten Jahren kämpferisch geprägten Interessenvertretung in diesem Angestelltensektor. Seit 1978 haben betriebliche Aktionen im HBV-Bereich deutlich zugenommen. Überwiegend handelt es sich um Warnstreiks und Kundgebungen, meist aus Anlaß von Tarifaufeinandersetzungen. Bekannt wurden auch Solidaritätsaktionen (Kurzstreiks, Flugblattverteilung) zum Stahlstreik 1978/79 und zu dem Kampf um die 35-Stunden-Woche 1984. Beteiligt waren vor allem Banken und – inzwischen am aktivsten – der Einzelhandel, hier vor allem größere Betriebe wie Kaufhäuser und SB-Märkte. Ein niedriger Organisationsgrad im Versicherungsgewerbe hat hier bisher nur wenige Aktionen möglich gemacht.

Da die amtliche Statistik nur Streiks erfaßt, an denen mindestens 10 Beschäftigte beteiligt sind und die mindestens einen Tag dauern oder die einen Verlust von mehr als 100 Arbeitstagen verursachen, fallen die Mehrzahl der Warnstreiks und zahlreiche inoffizielle Streiks aus dem Erfassungsraster. Bezieht man diese Aktionen in eine Arbeitskampfstatistik mit ein – wie dies das IMSF mit dem „Archiv Soziale Bewegungen“ praktiziert, dessen Ergebnisse jährlich in der Reihe „Soziale Bewegungen“ veröffentlicht werden –, so ergibt sich ein differenziertes Bild für die Arbeitskampftentwicklung seit Beginn der 80er Jahre: Aufgrund umfangreicher Warnstreikbewegungen und zahlreicher betrieblicher Kämpfe waren 1981 über 3 Millionen an Aktionen beteiligt (vor allem im Rahmen der „Neuen Beweglichkeit“ der IG Metall); 1983 waren es über 1 Million Beteiligte. Hierin drückte sich für die Gewerkschaften ein beachtliches Mobilisierungspotential aus, auch wenn viele Streiks und Aktionen zersplittert und vereinzelt blieben. Die verbreitete Praxis von Warnstreiks in mehreren Gewerkschaftsbereichen und die zunehmende Akzeptanz dieser Kampfform hat die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) beeinflußt, die im September 1984 die Legalisierung bekräftigte.

Neben Streiks wurden im „Archiv Soziale Bewegungen des IMSF“ ebenfalls Demonstrationen, Kundgebungen und ähnliche Aktionen im betrieblich-gewerkschaftlichen Bereich erfaßt. Seit Beginn der 80er Jahre wurden Kundgebungen und Demonstrationen in allen Teilen der BRD zu einer „alltäglichen“ Erscheinung. Während 1982 die Demonstrationen gegen den staatlichen Sozialabbau einen Schwerpunkt bildeten (über 600 000 Beteiligte), nahmen 1983 rund eine halbe Million Menschen an Aktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung teil, darunter allein 130 000 Stahl- und Werftarbeiter am 29. 9. 1983 in Bonn.

Die tatsächlichen betrieblichen und tariflichen Arbeitskämpfe in den letzten Jahren haben gezeigt, daß die Krise nicht nur negative Auswirkungen auf die Kampffähigkeit der Gewerkschaften hat. Sichtbar ist ebenso die Linie der Gegenwehr, die überall dort im Betrieb, vor Ort oder in der Region und Branche entwickelt werden konnte, wo realistische Handlungsorientierungen die Tendenzen zur individuellen Anpassung und Resignation zurückdrängen konnten. Eine Bündelung dieser Linie der Gegenwehr, die vielfach isoliert und erfolglos blieb, erschien in dem Maße möglich, wie die Gewerkschaften eine vereinheitlichende Strategie der Krisenbekämpfung entwickelten. Die Streikinitiative der IG Druck und Papier sowie der IG Metall und der erfolgreiche Verlauf der Arbeitskämpfe 1984 bestätigten diese Möglichkeit in der Realität.

3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Trotz des Anstiegs des Sozialprodukts ist 1984 die Zahl der abhängig Beschäftigten um 50 000 zurückgegangen. Allerdings hat sich die Beschäftigtenzahl seit Jahresmitte stabilisiert. Die stärksten Verluste an Arbeitsplätzen sind in der Bauwirtschaft zu verzeichnen. Auch im verarbeitenden Gewerbe arbeiteten weniger als im Vorjahr. Allein bei den Dienstleistungen gab es eine Zunahme.

Beschäftigung¹

	Gesamt- wirtschaft	Verarbeitendes Gewerbe	Bauwirtschaft	Dienst- leistungen
1983 1. Vj.	22 048	7 982	1 363	7 622
2. Vj.	21 966	7 897	1 374	7 633
3. Vj.	21 915	7 840	1 389	7 642
4. Vj.	21 912	7 826	1 397	7 659
1984 1. Vj.	21 899	7 811	1 388	7 686
2. Vj.	21 855	7 790	1 351	7 711
3. Vj.	21 850	7 779	1 337	7 733
4. Vj.	21 860	–	–	–

¹ In 1000, saisonbereinigte Zahlen

(Quelle: DIW-Wochenbericht 4/1985, S. 41; 4. Vj. 1984 geschätzt)

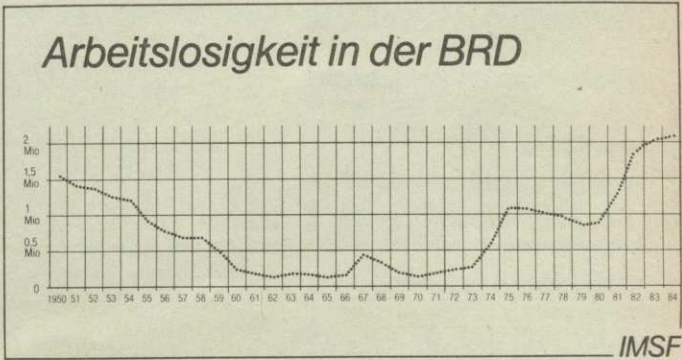
Die registrierte Arbeitslosigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr im Jahresdurchschnitt leicht erhöht – jedoch keineswegs im Maße des Beschäftigungsrückgangs.

Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik

1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
273	582	1074	1060	1030	993	876	889	1272	1833	2258	2266

¹ Registrierte Arbeitslose, in 1000

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)



Die „registrierte Arbeitslosigkeit“ gibt die wirkliche Arbeitslosigkeit nur unvollständig an. Das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg hat eine Neuberechnung der Arbeitsmarktbilanz vorgenommen und ist dabei zu einer deutlich höheren Ziffer der „Stillen Reserve“ – und damit der tatsächlichen Arbeitslosigkeit – als bisher unterstellt gelangt. Gemäß dem IAB gab es 1984 außer den 2,266 Millionen registrierter Arbeitsloser noch 1,349 Millionen in der Stillen Reserve, und damit insgesamt 3,615

Millionen Arbeitslose, (vgl. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 4/1984, S. 438). Fügt man noch die kurzfristig verdeckte Arbeitslosigkeit in Gestalt beruflicher Fortbildungsmaßnahmen (1984: rund 190 000 Personen) und der ABM-Stellen (1984: 80 000 Beschäftigte) hinzu, so ergibt sich für 1984 – ohne die Kurzarbeit (1984: 384 000 Personen) – eine reale Arbeitslosenzahl von nahezu 4 Millionen.

Die monatlichen Ziffern der registrierten Arbeitslosen sind, wie üblich, zum Jahreswechsel wieder angestiegen, im Januar 1985 sogar auf eine neue Rekordmarke von 2,619 Millionen. Daß die Zahl so stark über diejenige des Vorjahresmonats answoll, womit seit längerem auch die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl wieder zunahm, kam unerwartet und wird auf den enormen Kälteeinbruch zurückgeführt. Die optimistischen Stimmen bezüglich einer konjunkturbedingten Senkung der Arbeitslosigkeit sind seitdem leiser geworden.

Arbeitsmarkt 1984/1985

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	2539	+ 52	566	- 626	70	+ 8
April	2253	± 0	489	- 275	94	+ 12
September	2144	+ 9	262	- 208	91	+ 12
Oktober	2145	- 3	301	- 248	86	+ 14
November	2189	- 4	257	- 237	82	+ 15
Dezember	2325	- 24	268	- 246	80	+ 16
Januar	2619	+ 80	457	- 109	87	+ 17

(1) In 1000 Personen
(2) Veränderungen in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Einige Forschungsinstitute erwarten für 1985 eine geringfügige Mehrbeschäftigung von 0,2 Prozent. Andere etwas mehr. Durch den demographisch bedingten Zuwachs des deutschen Erwerbspersonenpotentials (um 70 000) würde ohne zusätzliche Beschäfti-

gung die registrierte Arbeitslosenziffer fraglos ansteigen. Die Institute rechnen dennoch nicht mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit, weil die 1985 wirksam werdenden Wochen-Arbeitszeitverkürzungen zusätzliches Arbeitsplatzangebot schaffen (IAB: 120 000). Darüber hinaus kann die Arbeitslosenziffer statistisch sinken durch Verkleinerung des Erwerbspersonenpotentials, nämlich erstens durch Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelung und zweitens durch fortgesetzte Nettoabwanderung ausländischer Beschäftigter. Eine wirkliche Verbesserung des Arbeitsmarkts ist allerdings nur auf dem Weg weiterer Arbeitszeitverkürzung zu erreichen, zumal das inländische Arbeitsvolumen insgesamt sinkt.

Die Verlängerung der Arbeitslosigkeitsdauer und die Leistungsver-schlechterung hatten schon 1983 dazu geführt, daß erstmals seit 1978 die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit zurückgegangen sind. Seit 1984 braucht die Bundesanstalt die Beiträge der arbeitslosen Leistungsempfänger zur Rentenversicherung nur noch nach dem Mindestsatz zu bezahlen. Erneut gekürzt wurden die Leistungsaufwendungen pro Empfänger, zudem sank der Anteil der Arbeitslosen mit Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Leistungsempfänger¹

	Arbeitslosengeld	Arbeitslosenhilfe	Ohne Anspruch
1975	65,9	10,3	23,8
1980	51,1	13,7	35,2
1981	54,9	13,3	31,8
1982	50,5	15,9	33,6
1983	44,9	21,7	33,4
Dez. '84	34,3	26,3	39,4

¹ Anteil an den registrierten Arbeitslosen in %
(Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, lfd.)

Inzwischen ist die Bundesanstalt für Arbeit ein „Überschußbetrieb“ mit 3,2 Milliarden Einnahmeüberschuß über die Ausgaben. Die geringe Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ab Juli 1985 kann von der Bundesanstalt leicht verkraftet werden.

Beiträge des IMSF, Band 7

Umbruch im Produktionsbereich?

Branchenanalysen: Chemische Industrie, Maschinenbau, Automobilindustrie, Elektrotechnische Industrie, Textil- und Bekleidungsindustrie und Bauindustrie in der BRD

Mitarbeiter: D. Düe, F. Fiehler, J. Goldberg, P. Hermann, A. Leisewitz, N. Müller, L. Selg.

Redaktion: J. Goldberg

ca. 480 S. 2. Quartal 1985

Preis: 30 DM

Bei Subskription bis 15. 5.: 25 DM

Informationsbericht 41

Große Krisen des Kapitalismus – lange Wellen der Konjunktur?

Beiträge zur aktuellen Krisenanalyse und Monopoltheorie

Beiträge von: Ulrich Dolata, Jörg Goldberg, Dieter Klein, Jan Priewe, Winfried Schwarz, Hans Wagner

Redaktion: J. Goldberg

ca. 200 S. 2. Quartal 1985

Preis: 15 DM

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main.
Verfasser: Dr. Winfried Schwarz, Klaus Pickshaus.
Der Abschnitt 1.1 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.
Abschlußtermin dieses Berichts: 20. 2. 1985. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr.18, Postfach 900749, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 40,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.